

Synagoge am Fraenkelufer Ein neues Zuhause für jüdisches Leben



Drei Neubauten auf 3500 Quadratmetern: Der Entwurf der Architekturbüros Staab und Loidl hat den Wettbewerb gewonnen. Foto: Architekturbüro Staab + Loidl für das Jüdische Zentrum Fraenkelufer

Von Henning Onken

Der geplante Neubau der Synagoge am Fraenkelufer in Kreuzberg geht in die nächste Phase: Am Freitag wurde der Siegerentwurf des im Vorjahr gestarteten Architektenwettbewerbs für das Grundstück in Nachbarschaft zum Kottbusser Tor gekürt: Unter 18 Entwürfen haben sich die gemeinsamen Pläne zweier Kreuzberger Büros einstimmig durchsetzen können. Alle Beteiligten waren auf dem Termin im Künstlerhaus Bethanien voll des Lobes über den Siegerentwurf von Staab Architekten, der mit dem

Atelier Loidl Landschaftsarchitekten ausgearbeitet wurde. „Wir können aus dem Vollen schöpfen“, sagte Senatsbaudirektorin Petra Kahlfeldt. Auch die anderen Arbeiten seien von hoher Qualität gewesen.

Als am Ende wie üblich die Anonymität der Beiträge aufgehoben wurde, waren das Preisgericht um Ulrike Lauber und Dekel Peretz, der Vorsitzende des Vereins Jüdisches Zentrum Synagoge Fraenkelufer, nicht überrascht, dass es sich um Kreuzberger Architekten handelt. Die Zeichnungen und Simulationen seien nicht in der Vergangenheit des historischen Standorts stehen geblieben, sondern zeigten viel Verständnis für zeitgenössisches jüdisches Leben und die Gegebenheiten im Kiez. Ein neuer Ort des Miteinanders, durch dessen Formsprache zugleich der im KZ Theresienstadt ermordete Architekt der zerstörten Synagoge, Alexander Beer, gewürdigt werde.

Die 108 Jahre alte Synagoge am Fraenkelufer war einst eine der größten Berlins, bis sie in der Pogromnacht 1938 von den Nazis weitgehend zerstört wurde. Heute dient ein früherer Seitenflügel als Synagoge. Mit dem jetzigen Entwurf soll, so hofft Baubeauftragter Engelbert Lütke Daldrup, bis zum 9. November 2026 der Grundstein für einen Campus gelegt werden, der drei miteinander verbundene Neubauten umfasst.

Baubeginn im Frühjahr 2027

Wenn die Bauarbeiten im Frühjahr 2027 starten, könnten sich die Häuser noch vor Ablauf der Zwanziger Jahre mit Leben füllen. Zur Kohlfurter Straße hin entsteht ein Kindergarten, zum Wasser eine Galerie für zeitgenössische jüdische Kunst, ein koscheres Café, ein Ort für gesellschaftliches Engagement und ein Co-Working-Space für jüdische Initiativen. Im Herzen der Anlage entsteht ein Saal, in dem 400 Menschen sitzen und weitere 200 im Stehen an Veranstaltungen teilnehmen können. Ein Ensemble mit Arkaden, Gärten und Höfen soll auf dem 3500 Quadratmeter großen Gelände entstehen.

24 Millionen Euro beträgt das Budget, die Bauplanung übernimmt die landeseigene Immobiliengesellschaft Berlinovo. Senatsbaudirektorin Petra Kahlfeldt schwärmte von der klaren Formensprache, die ohne verwinkelte Flure auskommt. Große Kostensteigerungen seien durch die konventionelle

Bauweise mit Backstein nicht zu erwarten. „Es gibt keine Experimentalelemente“, sagte Petra Kahlfeldt. Man haben einen „starren Blick“ auf die Finanzen.

Das Zentrum soll ein sicheres Zuhause für die wachsende jüdische Gemeinschaft in Berlin werden. Ähnlich wie auf einem Flughafen müssen Besucherinnen und Besucher des Campus eine Sicherheitsschleuse passieren, erläuterte Engelbert Lütke Daldrup. Die Sicherheitsmaßnahmen werden einen Millionenbetrag kosten, sind angesichts der aktuellen Situation aber unumgänglich. Im Siegerentwurf wurde auch an die Möglichkeit gedacht, Zäune und andere Zugangsbeschränkungen wieder zu demontieren, sollte die Bedrohungslage für jüdisches Leben sich eines Tages verbessern. Das sei ein schöner Gedanke, sagte Dekel Peretz.

Als Kuratoriumsvorsitzender skizzierte SPD-Fraktionschef Raed Saleh den Werdegang des Projekts. Vor sieben Jahren hätten ihn Gemeindemitglieder auf die Geschichte der zerstörten Synagoge gebracht. „Ein Gänsehaut-Moment“ sei das für ihn gewesen. Dem historischen Unrecht könnte man heute etwas entgegensetzen, erklärte Saleh sein Engagement: einen Neubau, der hoffentlich kommenden Generationen zeige, dass jüdisches Leben zu Berlin gehört.